

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Sofortige Aussetzung der Abschiebung von Menschen in die von der Ebola-Epidemie betroffenen westafrikanischen Staaten**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. angesichts der anhaltend äußerst angespannten humanitären Lage in den von der Ebola-Epidemie betroffenen westafrikanischen Staaten, dem Beispiel der Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz sowie der Freien und Hansestadt Hamburg folgend, unverzüglich jedwede Maßnahmen zur Abschiebung von Menschen in die betroffene Region, insbesondere in die Staaten Liberia, Sierra Leone, Guinea, Nigeria und Senegal, für vorerst sechs Monate auszusetzen (einstweiliger Abschiebestopp).
2. dem Landtag einen Bericht über die Zahl der sich im Freistaat Sachsen aufhaltenden Menschen, die gegenwärtig einer Ausreisepflicht in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Staaten unterliegen, sowie zu den maßgeblichen Rechtsgründen für die behördliche Anordnung der Ausreisepflicht zu erstatten.

Begründung:

Angesichts der seit Wochen äußerst angespannten und zum Teil katastrophalen humanitären Lage in den von der Ebola-Epidemie besonders betroffenen westafrikanischen Ländern, erachtet die Fraktion DIE LINKE die sofortige Anordnung eines Abschiebestopps für derzeit sich in Sachsen aufhaltende, ausreisepflichtige Menschen in diese Region bzw. in die betroffenen Staaten für unerlässlich.



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

- b.w.-

Dresden, den 16. Oktober 2014

Eingegangen am: 17. Okt. 2014 Ausgegeben am: 20. Okt. 2014

Dies umso mehr als inzwischen bereits Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und auch Hamburg in Verantwortung für die betroffenen Menschen die Abschiebung von Menschen in diese Region für zunächst sechs Monate ausgesetzt haben.

Der Presseberichterstattung der Zeitung „DIE WELT“ vom 1. Oktober 2014 zufolge begründete der niedersächsische Innenminister den für sein Bundesland verhängten Abschiebestopp wie folgt: „Auch bei einer bestehenden Ausreisepflicht gibt es deshalb erst einmal keine Abschiebungen aus Niedersachsen in diese Länder, weil wir so etwas diesen Menschen nicht zumuten können.“ Auch das Bundesinnenministerium erklärte der Zeitung zufolge „die Aussetzung der Abschiebungen sei aufgrund des bestehenden Gesundheitsrisikos angemessen“.

Vor diesem Hintergrund sieht die Fraktion DIE LINKE den Freistaat Sachsen und damit die Staatsregierung in der vorrangigen humanitären Pflicht, selbst Verantwortung für die derzeit in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Staaten ausreisepflichtigen Menschen und damit gefährdeten Menschen zu übernehmen.

Dieser Verantwortung kann und muss die Staatsregierung im Interesse der betroffenen Menschen dadurch gerecht werden, dass sie, dem Beispiel der o.g. Bundesländer und auch der diesbezüglichen Empfehlung des Bundesinnenministeriums folgend, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen für eine sofortige Aussetzung der Abschiebung von ausreisepflichtigen Menschen in die von der Ebola-Epidemie betroffene Region Westafrikas, insbesondere in die Staaten Liberia, Sierra Leone, Guinea, Nigeria und Senegal, für vorerst sechs Monate veranlasst und umsetzt.